

Zusprache einer Invalidenrente

Sehr geehrte Frau Gross

Wir haben den Anspruch auf eine Invalidenrente geprüft. Die Voraussetzungen für eine Zusprache sind erfüllt. Die relevanten gesetzlichen Grundlagen finden Sie in der Beilage. Auf diesen Grundlagen beruht unser Entscheid.

Wir verfügen:

Sie haben folgenden Rentenanspruch:

Rente:	Invaliditätsgrad:	Anspruchsbeginn:
ganze Rente	100 %	01.10.2020
Dreiviertelsrente	68 %	01.08.2021
100 %	100 %	01.06.2022
100 %	77 %	01.10.2023
100 %	80 %	01.01.2024

Die Verschlechterung seit 25.03.2022 ergibt eine Änderung des Invaliditätsgrades von mindestens 5 Prozentpunkten. Aus diesem Grund erfolgt eine Überführung ins neue Rentensystem.

Der Anspruch entsteht nicht, solange die versicherte Person ein Taggeld beanspruchen kann.

Abklärungsergebnis

Die Wartezeit beträgt ein Jahr. Während dieser Wartezeit muss die durchschnittliche Arbeitsunfähigkeit mindestens 40% betragen, vorliegend vom 28.10.2019 bis 27.10.2020. Neben der Voraussetzung der durchschnittlichen Arbeitsunfähigkeit von 40% während der Wartezeit muss – damit ein Rentenanspruch entsteht – die versicherte Person weiterhin mindestens zu 40% erwerbsunfähig sein.

Gemäss Ihren Angaben zur Ermittlung der Erwerbstätigkeit würden Sie ohne gesundheitliche Einschränkung einer Erwerbstätigkeit im 100% Pensum nachgehen. Ohne Gesundheitsschaden könnten Sie in Ihrer angestammten Tätigkeit als Case Managerin ein Jahreseinkommen von CHF 104'851.00 basierend auf den Angaben Ihres ehemaligen Arbeitgebers, erzielen.

Unsere Abklärungen haben ergeben, dass Ihnen aus medizinischer Sicht per 27.10.2020 (Ablauf Wartejahr) keine Erwerbstätigkeit zumutbar war.

Ab dem 21.04.2021 war Ihnen eine angepasste Tätigkeit im Umfang von 62.5% zumutbar. Es sollte sich um eine sehr leichte bis leichte Tätigkeit ohne hohe neurokognitive Anforderungen mit vermehrten Pausen und allgemeine Leistungsminderung wegen konstitutioneller Gelenkschwäche handeln. Dabei könnten Sie ein jährliches Einkommen von CHF 33'432.00 erzielen. Grundlage hierfür ist die Schweizerische Lohnstrukturerhebung des Bundesamtes für Statistik (LSE) 2020, Tabelle TA1_tirage_skill_level, Privater Sektor Total, Kompetenzniveau der Tätigkeit 1, Spalte Frauen, CHF 4'276.00 monatlich, basierend auf 40 Wochenstunden. Nach Umrechnung auf die betriebsübliche wöchentliche Arbeitszeit von 41.7 Stunden (Quelle: Bundesamt für Statistik (www.bfs.admin.ch) Dokument je-d-03.02.04.19) x 12 Monate ergibt sich ein jährliches Invalideneinkommen von CHF 53'492.00. Bei einem zumutbaren Pensum von 62.5% resultiert das vorstehend erwähnte Jahreseinkommen.

Eine Verbesserung oder Verschlechterung der Erwerbstätigkeit ist für die Herabsetzung oder Aufhebung der Leistung von dem Zeitpunkt an zu berücksichtigen, nachdem sie ohne wesentliche Unterbrechung drei Monate gedauert hat und voraussichtlich weiterhin andauern wird. Die schwankenden Arbeitsfähigkeiten von 75% (08.11.2021 – 30.01.2022), 0% (31.01.2022 – 09.02.2022) und 50% von 10.02.2022 – 24.03.2022) können somit nicht berücksichtigt werden. Ab 25.03.2022 ist Ihnen keine Erwerbstätigkeit mehr zumutbar gewesen.

Die medizinische Begutachtung hat ergeben, dass Ihnen jedoch spätestens ab Untersuchungszeitpunkt 26.07.2023 (letzter Untersuchungstermin) eine angepasste Tätigkeit mit dem oben genannten Belastungsprofil zu 50% zumutbar ist. Sie könnten somit ein Jahreseinkommen von CHF 24'071.00 erwirtschaften. Grundlage ist der oben genannte Jahreslohn nach LSE von CHF 53'492.00. Bei einem zumutbaren Pensum von 50% ergibt sich ein Einkommen von CHF 26'746.00, von welchem ein Teilzeitabzug von 10% vorgenommen wurde = CHF 24'071.00.

Gemäss der per 01.01.2024 in Kraft getretenen Änderung von Art. 26 Abs. 3 IVV werden vom statistisch bestimmten Wert des Invalideneinkommens 10 % abgezogen. Kann die versicherte Person nur noch mit einer funktionellen Leistungsfähigkeit von 50 % oder weniger tätig sein, so beträgt der Abzug 20 %. Weitere Abzüge sind nicht zulässig.

Auf Grund dieser Rechtsänderung ist für die Zeit ab 01.01.2024 ein Einkommensvergleich mit Pauschalabzug von 20% vom LSE Jahreslohn CHF 26'746.00 (50% Pensum) durchzuführen.

Erwerbseinkommen in Franken umgerechnet auf ein Jahr:

Daten (ab)	ohne Invalidität	mit Invalidität	Erwerbseinbuße
28.10.2020	104'851	0	100 %
21.04.2021	104'851	33'432	68 %
25.03.2022	104'851	0	100 %
26.07.2023	104'851	24'071	77 %
01.01.2024	104'851	21'396	80 %

Meldepflicht

Jede Änderung in persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, welche den Leistungsanspruch beeinflussen kann, ist der IV-Stelle unverzüglich mitzuteilen.

Dies ist insbesondere notwendig bei

- Adressänderungen
- Verändertem Gesundheitszustand
- Einem mehr als drei Monate dauernden Auslandsaufenthalt
- Geburten, Todesfall und Änderungen im Zivilstand (Heirat/Scheidung) sowie Änderungen in Pflegeverhältnissen
- Unterbrechung oder Beendigung einer Ausbildung bei über 18-jährigen
- Änderungen in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen, z. B. Aufnahme oder Aufgabe einer Erwerbstätigkeit
- Untersuchungshaft, Straf- oder Massnahmenvollzug im In- und Ausland

Bei Verletzung der Meldepflicht können die Leistungen der Invalidenversicherung gekürzt, verweigert (Art. 7b Abs. 2 Bst. b IVG) und zurückgefordert werden.

Hinweis

Gegen diesen Vorbescheid können davon Betroffene, wenn sie mit dem Entscheid nicht einverstanden sind, innert 30 Tagen seit der Zustellung bei der IV-Stelle, schriftlich oder durch persönliche Vorsprache mündlich, Einwand erheben. Dieser Einwand muss einen Antrag sowie eine Begründung enthalten. Der schriftliche Einwand ist zu unterzeichnen und zusammen mit allfälligen Beweismitteln einzureichen. Nach Ablauf dieser Frist werden wir die beschwerdefähige Verfügung erlassen.

Fristenstillstand

Gemäss Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (Art. 38 ATSG) stehen die gesetzlichen Fristen still:

- a) vom siebten Tag vor Ostern bis und mit siebtem Tag nach Ostern;
- b) vom 15. Juli bis und mit 15. August;
- c) vom 18. Dezember bis und mit 2. Januar.